Energiepolitik unter Beschuss: Unternehmen droht mit Auswanderung

Die Unzufriedenheit der deutschen Wirtschaft mit der Energiewende wächst. Umfragen zeigen, dass zunehmend Betriebe ihre Produktion ins Ausland verlagern.

Die Unzufriedenheit in der deutschen Industrie wächst, und die Gründe dafür sind vielschichtig. Eine aktuelle Umfrage der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) zeigt, dass 37 Prozent der befragten 3300 Unternehmen planen, ihre Produktion im Inland zu verringern oder ins Ausland zu verlagern. Dies ist ein deutlicher Anstieg im Vergleich zu den 21 Prozent vor zwei Jahren. Insbesondere große Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern zeigen sich besorgt: 51 Prozent von ihnen überlegen, ihre Aktivitäten in Deutschland zu reduzieren.

Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt

Die gegenwärtige Situation könnte drastische Auswirkungen auf die Beschäftigung in der Industrie haben. Jürgen Kerner, der Zweite Vorsitzende der Gewerkschaft IG Metall, hebt hervor, dass die hohen Strompreise ein ernsthaftes Problem für die Arbeitsplätze darstellen. Dies wird durch konkrete Kündigungsankündigungen bestätigt, wie den geplanten Abbau von bis zu 14.000 Arbeitsplätzen beim Autozulieferer ZF, sowie ähnliche Entwicklungen bei Volkswagen und BASF. Die ökonomischen Daten zeigen, dass die Netto-Investitionsabflüsse aus Deutschland in den letzten drei Jahren über 300 Milliarden Euro betragen haben, ein Indiz für eine mögliche Deindustrialisierung.

Energiewende unter Kritik

Der Hauptgrund für die Unzufriedenheit in der deutschen Wirtschaft wird im Rahmen der Energiewende verortet. Achim Dercks, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der DIHK, äußert Bedenken in Bezug auf die Zukunftssicherheit der deutschen Energiepolitik. Er vergleicht die Situation in Deutschland mit Ländern wie Frankreich und den skandinavischen Staaten, die auf stabile Energiequellen wie Atomkraft und Wasserkraft setzen. Laut Dercks fehlt es in Deutschland an einer klaren und verlässlichen Strategie, die den Unternehmen die notwendige Planungssicherheit gibt.

Politische Reaktionen

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) pocht auf die Anstrengungen seines Ministeriums, insbesondere mit der Einführung neuer Gas- und Wasserstoffkraftwerke, um die Energieversorgung zu gewährleisten. Diese Initiativen werden jedoch von der DIHK als unsicher angesehen, da die Verfügbarkeit von Wasserstoff und die damit verbundenen Kosten als problematisch gelten. Kanzler Olaf Scholz (SPD) hingegen bezeichnet die Bedenken der Wirtschaft als übertrieben und weist darauf hin, dass gesunkene Strompreise an der Börse positive Signale senden sollten.

Zukunftsausblick und Reaktionen

Die Bundesregierung hat vor kurzem ein Wachstumspaket vorgestellt, das die Wachstumsrate im nächsten Jahr anheben soll. Allerdings zeigen sich die Unternehmen skeptisch. Die DIHK glaubt nicht, dass die Maßnahmen das versprochene Wachstum von 0,5 Prozent tatsächlich bringen werden. Dercks betont, dass die bevorstehenden Änderungen unklar sind und dass mehr Handlungsbedarf langfristig erforderlich sei, um der de facto laufenden Deindustrialisierung entgegenzuwirken. Ein schnelles Handeln ist erforderlich, um die Wettbewerbsfähigkeit der

deutschen Industrie aufrechtzuerhalten und die Folgen für die Beschäftigung zu mindern.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de